

Rede von Herrn Daniel Peters in der Bürgerschaftssitzung vom 8.11.2017 zu der Beschlussvorlage 2017/BV/3167 Verhandlungen mit einer Arbeitsgemeinschaft von 5 Rostocker Wohnungsgenossenschaften zur großflächigen Bebauung mit Wohnraum im Stadtzentrum

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen,

ich könnte meinen Wortbeitrag vor 4 Wochen an gleicher Stelle eigentlich wiederholen, denn die Umstände sind nahezu identisch. Wieder sollen einige Auserwählte in den Genuss kommen, Filetgrundstücke der Hansestadt bebauen zu wollen. Wieder soll darauf verzichtet werden, dass wir das beste Konzept für unsere Stadt finden.

Ich will nochmals eines deutlich machen: Wir sind nicht gegen die Genossenschaften. Diese haben viel getan für die Stadt. Aber: wir sind gegen dieses intransparente Verfahren, gegen die Direktvergabe, die uns jede Chance beraubt, andere Konzepte auch nur anzusehen! Ich will nicht verstehen, warum sich eine Stadt allein schon die Möglichkeit nimmt, aus vielen Konzepten das Beste auszuwählen. Die Möglichkeit ist da, denn das Bündnis für Wohnen ist beschlossen, wird aber aus fadenscheinigen Gründen verschleppt und damit zur Makulatur erklärt. Ein echter Wille für Konzeptausschreibungen und für sozialen Wohnungsbau ist erneut nicht erkennbar, wer dem hier heute zustimmt, hat das Bündnis für Wohnen bereits aufgegeben und alle damit festgelegten Prinzipien über Bord geschmissen.

Nach der gestrigen Bauausschusssitzung bin ich aber noch erboster als vorher. Unter dem Deckmantel angeblicher Verhandlungen, soll wenigstens der Anschein erweckt werden, es gehe in dieser Stadt noch nach ordentlichen Verfahren zu. Aber leider ist das nur Augenwischerei, denn den angeblichen Verhandlungen liegt bereits ein Vertrag zugrunde, der alles schon ganz klar festlegt.

Daraus die Fakten: Die Direktvergabe soll deshalb begründet werden, damit 20 Prozent der Verfügung gestellten Wohnungen für untere und mittlere Einkommenschichten zur Verfügung gestellt werden. Leider hat der schöne Satz einen kleinen, aber entscheidenden Haken: „soweit wirtschaftlich möglich“. Das ist ein Freibrief für jeden Investor, darauf zu verzichten. Wer dem hier heute zustimmt, spricht sich gegen sozialen Wohnungsbau aus und gibt das Heft des Handelns aus der Hand! Denn: Die Planung übernehmen die Investoren. Sollte übrigens die Direktvergabe nicht klappen, heißt es: „behalten sich die Vorhabenträger den Kostenanspruch gegenüber der Hansestadt Rostock vor.“

Eine weitere Begründung für die Direktvergabe war, niemand außer den Genossenschaften würden sich dafür interessieren. Wie auch bei der Thierfelder-Straße und dem Rosengarten ist das aber leider nicht der Fall, denn auf Nachfrage hat die Verwaltung eingestanden, dass etliche Interessenten sich hier gerne engagiert hätten. Und das waren im Übrigen auch teilweise Rostocker Unternehmer, die im Übrigen vollumfänglich ihre Steuern zahlen müssen, im Gegensatz zu den steuerlich privilegierten Genossenschaften.

Ein weiterer „Grund“ für die Direktvergabe sei, so hat es gestern die Verwaltung begründet, sei der Zeitfaktor. Wir würden schnell vorankommen. Abgesehen davon, dass bei den genannten Auserwählten schon bei der Nennung Zweifel aufkommen, weil wir an der Stelle seit Jahren auf den Baustart warten, ist der Vertrag da selbst doch sehr aufhellend: Seit April 2016 liegt ein städtebauliches Konzept für diesen Bereich vor. Auf meine Nachfrage, warum

nicht umgehend eine Ausschreibung erfolgte, war von der Verwaltung zu hören „Ja, das stimmt leider!“

Also hören Sie bitte auf, das Zeitargument gegen die Ausschreibung zu Felde zu führen, das ist nur noch lächerlich. Warum wir zeitlich mit dem Wohnungsbau nicht vorankommen, hat wahrlich andere Gründe.

Fazit: Es gibt wieder KEINEN Grund, die Direktvergabe als Instrument anzuwenden. Wieder bleibt das dumpfe Gefühl, hier stimmt etwas nicht.

Und das sehen immer mehr Menschen dieser Stadt so. Ein Schreiben der PMR Projektmanagement Rostock GmbH habe ich heute bekommen. Sie sind verwundert über den erneuten Versuch gegen Bürgerschaftsbeschlüsse zu verstoßen, sie sind verärgert, dass ihr Engagement für den Mietwohnungsbau – im Übrigen unter dem Neuvermietungslevel der Genossenschaften – nicht gewürdigt wird und vor allem: Sie haben Interesse an der Mitwirkung beim Groten Pohl. Und ja, sie wollen 20 Prozent sozial verträglichen Wohnraum, wahrscheinlich sogar verbindlicher als die Auserwählten.

Es werden immer mehr, leider trauen sich viele aus nachvollziehbaren Gründen nicht, sich öffentlich zu äußern. Fakt ist, diese Praxis der Verwaltung wird weiter Misstrauen in der Stadt entfachen. Vielleicht vergewissern wir uns mal wieder der Bedeutung einer HANSESTADT Rostock, die von Kaufleuten und Bürgern errichtet wurde!

Vielen Dank!